

Der mesopotamische Weizen A 60 Mark bald über Deutschland hereinbrechen und das Reich durch Sinken der Getreidepreise in den Rand des Verderbens bringen werde; wie im Bauernstande alle männlichen Tugenden verkörpert und Vaterlandsliebe und Gottvertrauen die Hauptstämme des agrarischen Programms seien.

Der zweite Teil der Vorstellung bewegte sich auf dem Gebiete der Vogelweiderei. Dr. Diederich Hahn, einer der schneidigsten Kräfte auf dem agrarischen Mist, flog auf die Stange und gab einen sogenannten Geschäftsbericht von sich. Der kampflustige Herr hat seine Laufbahn bekanntlich als „Nationalökonom“ im Solde des verhassten Handels- und Industriekapitals begonnen, gelangte aber dann zu der politischen Überzeugung, daß die Stelle eines agrarischen Hauptmannes der eines Renommiergelehrten der Deutschen Bank vorzuziehen sei. Jetzt gebietet er sich so fed und zuversichtlich, als sei er als Agrarier zur Welt gekommen, und schimpft in allen Tonarten auf die Bank- und Börseleute. Er septe an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials auseinander, daß der Bund der Landwirte nicht lediglich aus Ostelbieren bestünde und keine Vereinigung von Großgrundbesitzern sei, sondern daß die Bauern, trotz aller gegnerischen Verheißung, im agrarischen Lager nicht alle würden. Bewundernswert sei die Organisation und Disziplin des Bundes und nur in der sozialdemokratischen Partei habe er seinesgleichen. Daß der Redner trotz aller Erfolge der agrarischen Agitation die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft im Grunde doch als eine Hülfserleichterung ansah, darf bei einem Hahn nicht wunder nehmen.

Nach einer wenig gehaltvollen Ansprache des Oberagrars v. Wangenheim, der die Stollenvorlage, obwohl sie der Landwirtschaft nichts nütze, aus gutem Herzen zu unterstützen anfordert, läuzelte der etwas dürstige Halbblut-Agrarier v. Frege in die Manege. Er brachte Grüße aus dem sächsischen Parlament, wo sich bereits alle Parteien gegen die Sozialdemokratie vereinigt hätten. Der Dresdener Landtag müsse dem deutschen Reichstag als leuchtendes Beispiel dafür dienen, wie man des Unsturzes Herr werden könne u. s. w. „Nöge“, so schloß der Redner, „das nächste Jahr uns einen Reichstagsler bringen, der die Spuren Bismarcks wandelt: auf dem Reichstagsler der Zukunft ruht unsere Hoffnung!“ — Man soll nach Hause gehen, wenn es am schönsten ist, denken die biederen Landleute, und verlassen während der Rede des sächsischen Parlamentariers in hellen Haufen den Circus.

Damit es an Abwechslung nicht fehle, folgte nun nach einem kurzen Revisionsbericht, auf den niemand hörte, die Vorführung einer ethnographischen Schenkungswürdigkeit. Ein schwäbischer Kunsttänzer stimmte einen Lobgesang auf die ostelbische Landwirtschaft an und verfluchte die moderne Industrie, die an allen „himmelschreienden“ Ungerechtigkeiten in dieser Welt schuld sei. — Die nächste Nummer war lyrischer Art. Der feinsinnige Dertel sang ein Lob- und Trüblied über „nationalen Pflichten“ und „wirtschaftspolitischen Fremdbüßerei“. Unsere „herzliche Muttersprache“ werde durch Fremdwörter entstellt, unsere Frauen kleiden sich wie französische Dirnen, unsere Männer wie englische Gickerl. Bismarck habe einst Deutschland in den Sattel gehoben und daraus ergäben sich für die heutige Reichsregierung vor allem drei nationale Pflichten: 1. Schutzzölle, 2. Schutzzölle, 3. Schutzzölle. Diesen Pflichten käme man nicht nach, man treibe vielmehr Fremdbüßerei. Das zeige sich in der Ueberschätzung der Ausfuhr und in der Verachtung „desjen, was im Lande bleibt“. Auch die glimpfliche Behandlung der Schiffsbauern, die aus Amerika kämen und das deutsche Obi auffraßen, sei Fremdbüßerei. Die Landwirte müßten energisch auftreten. Es genüge nicht mehr, die bittende Hand auszustrecken, sondern man müsse der Regierung zeigen, daß man außer der Hand auch ein „kräftiges Rückgrat nach oben und unten“ habe. Und nun zog Herr Dertel den letzten verhängenden Schleier der Höflichkeit ab und zeigt der Regierung sein kräftiges Rückgrat nach unten, und aus der Elegie wurde ein Kampfgesang. Die Schlussverse lauteten: „Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung, aber das deutsche Bauerntum ist eine bleibende; deshalb muß der Sieg unser, und unser das neue Jahrhundert sein!“

Nun wurde es wüst. Ein freierlicher Veteran von 1870 renommierete mit seinen Geldenthalten vor Paris; die Engländer hätten zu viel Geld und wollten deshalb nicht in den Krieg ziehen; über den verehrten Ohm strüger müsse sich jedes alte Soldatenherz freuen, die Juden aber seien eine ganz gemeine Bande und so weiter. Die belegte Stimme des Redners bewies, daß der Freier gestern Nacht noch sehr spät über sein Thema nachgedacht hatte. Gegen den Vorschlag, an Dr. Leyds einen telegraphischen Gruß abzusenden, stimmte ein Mitglied der Versammlung, dem darauf der Cylindrer angetrieben wurde. Dann wurde eine Resolution verfaßt und, da jeder für seine Kopfbedeckung fürchtete, ohne Widerspruch angenommen. Eine Ansprache Liebermanns und die Beliefung von Telegrammen in Prosa und Versen, in denen die Getreuen im Lande von der Bundesleitung Beschleunigung der Sozialdemokratie und Erhöhung der Milchpreise verlangten, schloß die Vorstellung.

Die Pforten des Circus öffneten sich und die thalantustigen Scharen der Notleidenden ergossen sich über die deutsche Reichshauptstadt. Im Savoyhotel, bei Fräulein Köpfer, Kempinski und Hiller versammelten sich noch einzelne Gruppen zu erstem Thun, und in später Nachtstunde konnte der Kunde an den Sekt- und Vorderangstischen den diesjährigen Pegelstand der agrarischen Notlage ablesen.

Deutsches Reich. Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 12. Februar. Die Bündler hatten heute ihren Sitztag, und so waren die Hände der Reden außerordentlich spärlich besetzt. Kaum ein halbes Duzend Konservative waren während der ersten Sitzungstunden anwesend. Die Beratung der Samoa-, Tonga- und Sansibarverträge hielt nicht lange auf. Graf Bülow widmete ihnen einige Worte, in denen er nachzuweisen suchte, daß Deutschland nur eine Schale ohne Kern hingebe, wenn es seine Ansprüche auf Tonga und die Salomonen gegen die Neuregelung der Besitzverhältnisse auf Samoa austausche. Gleichzeitig teilte er mit, daß die deutschen Schadensersatzansprüche, die infolge der Wirren auf Samoa entstanden seien, einem unparteiischen Schiedsgericht, das dem König von Schweden und Norwegen übertragen sei, unterbreitet werden sollen. Aus dem Hause sprach nur der Abgeordnete Hesse. Er war entrüstet, daß ihn der Staatssekretär nicht vorher befragt habe, bevor der Vertrag mit England und Mexiko geschlossen worden sei. Wenn in Hesses Händen die Leitung der deutschen Politik läge, so würden wir schon lange

im Besitze von Samoa sein und hätten jetzt nicht den viel zu hohen Preis zu zahlen brauchen. Herr Hesse wird von der Regierung und von den Parteien so ernst genommen, daß ihm von keiner Seite erwidert wurde. Die Verträge selber wurden genehmigt.

Nun folgte die Poleninterpellation über die Auslegung des Dolmetscherparagraphen 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes durch die preussischen Gerichte. Der Begründer der Interpellation, der Abg. Czarlinski, führte eine Reihe von Fällen auf, in denen polnische Zeugen mit Ordnungsstrafen bis zu drei Tagen Haft belegt worden sind, weil sie erklärt hatten, sie seien der deutschen Sprache nicht mächtig. Der Eifer, mit dem der Redner die Maßnahmen der preussischen Regierung kritisierte, zog ihm eine Miße des Präsidenten zu. Staatssekretär Nieberding erklärte, daß der Reichsregierung keine Fälle bekannt seien, aus denen hervorgehe, daß die Auslegung des § 187 die gedruckte Rechtsprechung gefährde, und der Justizminister Schönstedt suchte die vorgetragenen Fälle zu entkräften und beflagte sich darüber, daß der Interpellant ihm trotz seiner Bitte sein Beschwerdematerial nicht zur Verfügung gestellt hätte. Es ist aber doch schließlich Sache des Abgeordneten, ob er einen solchen Wunsch des Ministers für berechtigt hält oder nicht. Der Redner der Nationalliberalen, Abg. Wasserbaum, und ebenso der konservative Graf Stolberg stellten sich auf den Standpunkt, daß die ganze Angelegenheit in das preussische Abgeordnetenhaus gehöre. Dagegen nahm sich der Centrumsabgeordnete Kooren der Polen warm an. Er wies vor allen Dingen darauf hin, daß das preussische Gerichtskostengesetz einen Aufschlag von 25 Prozent auf die Gerichtskosten vorsehe, sobald ein Dolmetscher verwendet werde. Unser Redner, Stadthagen, vertrat den gleichen Standpunkt. Nach einem kleinen Rencontre zwischen Nieberding und Kooren, in dem Kooren die Lächer auf seiner Seite hatte, wurde die Besprechung geschlossen. Morgen beginnt die zweite Beratung des Kolonialgesetzes.

Wie wir hören, hat der politische Hintertreppenkassier, der am Sonnabend den Abschluß der ersten Lesung der Stollenvorlage bildete, noch ein Nachspiel gehabt. Der Abg. Dr. Hahn hat sich gemäßigter gesehen, den Abg. Szmulka zu fordern. Es fanden eifrige Besprechungen in der Centrumsparthei statt, die das Ergebnis hatten, daß der Geforderte die Forderung ablehnte. So hat die Vermunft in jedem Falle gesiegt.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 12. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat heute in zweiter Lesung die Etats der Verwaltung der direkten und der indirekten Steuern beraten. Wie alljährlich brachte Abg. v. Cynern (nat.-lib.), einer der wütendsten Gegner der Miquelschen Steuerreform, ein ganzes Bündel von Beschwerden über vermeintlich ungerechtfertigte Beanspruchungen von Steuerdeklarationen vor. Den Beweis dafür, daß die reichen und reichsten Leute wirklich zu hoch besteuert werden, vermochte er allerdings nicht zu erbringen. Es handelt sich, wie ein anderer Redner mit Recht erwiderte, lediglich um einige Kuriosa, wie sie in anderen Verwaltungen auch vorkommen. In Vertretung des noch immer erkrankten Finanzministers Dr. von Miquel antwortete der Generaldirektor Burghardt auf die Beschwerden des Abg. v. Cynern; er verwies den Redner auf die den Centisten gegen ungeschickliche Behandlung gegebenen Rechtsmittel.

Hieran beriet das Haus in erster Lesung die Entwürfe einer hohenzollernschen Gemeindeordnung, eines Gesetzes betr. die Abänderung und Ergänzung der hohenzollernschen Amts- und Landesordnung sowie eines Gesetzes betr. Änderung des Verfassungsgesetzes für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in den hohenzollernschen Landen. Die wichtigste Bestimmung dieser Gesetze besteht darin, daß die hohenzollernschen Lande für die Wahlen zu den Gemeindevertretungen nun auch mit dem Dreiklassenwahlsystem beglückt werden sollen. Den Abgeordneten aus Hohenzollern, die sich scharf gegen diese Bestimmung wandten, erwiderte der Minister des Innern, Freiherr v. Rheinbaben, daß davon das Zustandekommen des ganzen Gesetzes abhängt. Auch der neue Minister des Innern ist also ein ebenso eifriger Anhänger des Dreiklassenwahlsystems wie alle seine Vorgänger. Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Morgen: Zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern.

Berlin, 13. Febr. Beim Finanzminister Dr. Miquel hat, den Vert. Prof. Madry zufolge, eine Besprechung der Minister Thielens, Briesel und v. Hammerstein stattgefunden, in der eine Uebereinstimmung betreffs der demnächst dem Landtag zu machenden Kanalvorlage „erzielt worden sein dürfte“. — Wovon die Zunker mit Vergnügen Kenntnis nehmen dürfen! —

Von den Gemäßigten. In der Provinz Sachsen wurden im vergangenen Herbst als Nachfolger des Landeshauptmanns von gewisser Seite zwei von den zur Disposition gestellten Verwaltungsbeamten, der Regierungspräsident v. Jagow und der Landrat Winkler, als Nachfolger warm empfohlen. Der Provinziallandtag entschied sich indes für den Geh. Ober-Reg.-Rat Bartels. Für das Amt des Generaldirektors der Land-Gesellschaft hat, so schreibt man der Berliner Volksztg., der Provinziallandtag zwei Kandidaten vorgeschlagen, und zwar hat er an erster Stelle den Landrat z. D. Winkler aus Zeitz in Vorschlag gebracht, an zweiter Stelle den Nittergutsbesitzer von Hellsdorf-Zingst, ebenfalls Mitglied der äußersten Rechten im Abgeordnetenhaus. Durch die hoch dotierte Stelle des Generaldirektors der Land-Gesellschaft wäre also wieder einer der gemäßigten Landräte von der Gefahr, durch Ernennung zum Regierungsrat, wie die konservativen Blätter sagen, „degradiert“ zu werden, befreit worden. —

Prinz Heinrich ist am Sonntag abend in Wien eingetroffen und vom Kaiser und den Erzherzögen auf dem Bahnhof empfangen worden. Prinz Heinrich trug die Uniform eines österreichischen Viceadmirals. —

Zu Befinden Liebers ist nach der Germania keine wesentliche Änderung zu verzeichnen. Noch immer erscheine der Zustand gefährlich, wenngleich noch nicht alle Hoffnung geschwunden ist. Nahrungsaufnahme und Kräftezustand seien befriedigend. Girschs Bureau meldet, daß als günstiges Zeichen in dem Befinden Liebers angesehen werde, daß der häufige Wechsel von Fieber und Schüttelfrost in den letzten Tagen ausgeblieben ist.

Der Gesetzentwurf über die Einführung einer Warenhaussteuer ist soden von der amtlichen Berliner Korrespondenz veröffentlicht worden. Die Erdröselungssteuer, wie sie früher von der Regierung selbst durch den Mund des Generalsteuereinspektors Burghardt tituliert worden ist, soll danach diejenigen Detailgeschäfte treffen, die jährlich mehr als 500 000

Mark umsetzen und mehrere miteinander nicht verwandte, im Gesetzentwurf in vier Kategorien eingeteilte Warengruppen fassen. Die Steuer bemißt sich nach dem Jahresumsatz, beginnt mit 1 Prozent und steigert sich darauf, daß bei einem Umfah von einer Million Mark ein Steuerfuß von 2 Prozent, also von 20 000 Mark erreicht wird. Auf jede 100 000 Mark mehr Umsatz treffen alsdann noch weitere 2000 Mark mehr Steuer. Die Steuer trifft auch Vereine, eingetragene Genossenschaften und Korporationen, falls sie auch der Gewerbesteuer unterworfen sind. Die Erträge sind von den Gemeinden, soweit sie von den in der dritten und vierten Steuerklasse veranlagten Gewerbetreibenden Prozente der Staatlichen oder einer besonderen Gewerbesteuer erheben, zur gleichmäßigen Erleichterung der von diesen Steuerklassen zu erhebenden Prozente bzw. Steuer, anderenfalls zur Bestreitung von Gemeindebedürfnissen zu verwenden.

Der Gesetzentwurf unterscheidet vier große Warengruppen: A. Material- und Kolonialwaren, Es- und Trinkwaren, Tabak, Drogen u. s. w.; B. Manufaktur- und Modewaren, Wäsche, Konfektion u. s. w.; C. Haus- und Küchengüter, Glaswaren, Möbel u. s. w.; D. Edelmetalle, Kunst-, Luxus-, Kurz- und Galanteriewaren, Papierwaren, Instrumente, Waffen u. s. w. Der Entwurf bestimmt (§ 1): „Der das stehende Gewerbe des Klein-(Detail-)Handels mit mehr als einer dieser Warengruppen betreibt, unterliegt, wenn der Jahresumsatz — einschließlich derjenigen, die in Brechen besessenen Zweigniederlassungen, Filialen, Verkaufsstellen — 500 000 Mark übersteigt, der nach Vorschrift dieses Gesetzes zu entrichtenden, den Gemeinden zustehenden Warenhaussteuer. Ob der Detailhandel im offenen Laden, Warenhaus, Lager und dergleichen oder als Versandgeschäft, auf Bestellung oder ohne solche betrieben wird, macht für die Besteuerung keinen Unterschied.“

Wir werden auf die Bestimmungen dieses unreaktionären Gesetzentwurfes, dessen Erscheinen die schlimmsten Befürchtungen rechtfertigt, ausführlich zurückkommen.

Die Haager Friedenskonferenz hat bekanntlich ihre Vereinbarungen in drei „Verträgen“ und drei „Erklärungen“ und „Deklarationen“ niedergelegt. Nach und nach haben nunmehr alle 26 Staaten die Konventionen unterzeichnet. Der Vertrag über die Schlichtung internationaler Verwicklungen auf friedlichem Wege ist nur von 22 Staaten unterzeichnet, während vier Staaten, nämlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Rußland, Serbien und die Türkei ihre Zustimmung nur unter Vorbehalt geben. Der Vertrag über Revision der Verträge im Landkriege ist nicht unterzeichnet von der Schweiz, der Türkei und von China; die übrigen 23 Staaten unterzeichneten. Der Vertrag über Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg ist von Deutschland, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nur unter Vorbehalt unterschrieben. Die Erklärung, die das Verfen von Explosivstoffen aus Ballons verbietet, ist von England nicht unterzeichnet, von der Türkei unter Vorbehalt. Die Erklärung, die das Abschießen von Geschossen verbietet, die giftige und erstickende Gase verbreiten, ist von England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht unterzeichnet. Die Erklärung, die das Abschießen von Geschossen (Explosivgeschossen u.) verbietet, die infolge Veränderung ihrer Form den menschlichen Körper zerreißen, entbehrt der Unterschriften von England wiederum, von Portugal und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Zu Viehtransport auf den Eisenbahnen werden durchgreifende Änderungen geplant. Um der Gefahr einer Seuchenverbreitung vorzubeugen, sollen die einzelnen Viehsendungen streng isoliert werden. In Aussicht genommen sind dichte Scheidewände, die die vollständige Trennung der einzelnen Sendungen voneinander wie von den unbenutzten Räumen ermöglichen. Auch bezüglich der Gepäckwagen, die zu Viehsendungen benutzt werden und der Hundableitungen sollen Sicherheitsmaßregeln eingeführt werden.

Kleine politische Nachrichten. Der Münchener Professor und Centrumsdiplomate Freiherr von Hertling hat die ihm angebotene Professur in Bonn nicht angenommen. — Zum Fall Weingart schreibt man der Post. „Nachdem die theologische Fakultät der Universität Göttingen es abgelehnt hat, ein Gutachten zu dem Fall Weingart abzugeben, besteht die Absicht, von anderen Universitäten, z. B. von Jena, Gutachten einzufordern. Sobald will man eine allgemeine Landesversammlung einberufen, in welcher Männern aus allen Kreisen Gelegenheit geboten wird, sich zu äußern.“ — Aus Washington wird gemeldet: Schiffskommandant Schröder ist zum ersten Gouverneur von Tutuila ernannt worden. — Die neue nordwestliche Staatsanleihe von 1000 ist zum Kurse von 91 Proz. abgeschlossen worden. — Aus Ostindien wird gemeldet, der Premierminister von Assamien ist hier eingetroffen, um nach Europa abzureisen. — Der französische Senat ist auf den 19. Februar als Staatsgerichtshof zur Aburteilung Marcel Haberts einberufen. — Aus Brüssel wird gemeldet: Der im Dienste des unabhängigen Kongostaates stehende Major Henry ist entgegen anders lautenden Nachrichten an Bord eines englischen Kanonenbootes in Diebel-Ait eingetroffen. In Brüssel weiß man nicht, was Henry bestimmte, seinen Posten zu verlassen. Er hatte weder hierzu, noch zur Rückkehr nach Europa eine Weisung erhalten. — Das römische Regierungsgesetz veröffentlicht ein Dekret, das bestimmt, daß die Konvention von Venedig vom Jahre 1807 zur Ausführung gelangt, nach der die Einkleppung und Ausbreitung der Pest verhindert werden soll. — Die englische Regierung macht bekannt, daß die Not in Bombay, Madchastana und in den Landschaften von Centralindien stets zunimmt. Die Ernte war in Teilen von Centralindien, in Madras und Dekan sehr gering. Die Gesamtzahl der Personen, die Unterstützungen erhielten, betrug 3784 000. — Aus Peking meldet Reuters Bureau: Das Tsungli-Yamen hat den Gesandtschaften mitgeteilt, daß der Kaiser die fremden Gesandten am 10. d. M. zur gewöhnlichen Neujahrsaudienz empfangen werde. Diese Mitteilung wird als ein Anzeichen dafür angesehen, daß man wünscht, nach den letzten Ereignissen wieder eine beruhigende Wirkung hervorzubringen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Einberufung des Reichsrats.

Wien, 12. Februar. Girschs Bureau meldet: Sämtliche Blätter beschäftigen sich mit der Einberufung des Reichsrats und drücken den Wunsch aus, daß die Tschechen und Deutschen alles aufbieten möchten, um das Verhältnis zwischen ihnen auf friedlichem Wege zu ordnen. Das offiziöse Fremdenblatt macht darauf aufmerksam, daß es sehr folgschwer werden würde, wenn es wiederum zu einer Vertagung, statt zu einer regelrechten Tagung kommen würde. Die Regierung wird sofort dem am 22. d. M. zusammenzutretenden Reichsrat die Bewilligung zur Emission von 120 000 000 Kronenrente vorlegen.

Spanien.

Aus der Kammer.

Madrid, 12. Februar. Die Kammer nahm mit 97 gegen 70 Stimmen den auf die Einnahmen aus den Altroz Bezüglichen Artikel des Budgets an.